

## Haushaltsrede Stadt Bad Wurzach, Freie Wähler 2024, A. Willburger 29.01.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir hatten alle gehofft, dass wir nach zwei Jahren Pandemie wieder Schritt für Schritt zur Normalität zurückkehren können. Allerdings markiert der Angriffskrieg Russlands eine Zeitendwende und stellt uns vor neue Herausforderungen.

Bad Wurzach steht trotz der vielen Herausforderungen finanziell weiterhin gesund und stabil da. Durch nachhaltiges Wirtschaften, der breit aufgestellten Unternehmen mit der Gewerbesteuer, dem Einkommen der Bürger und dem draus resultierenden Einkommensteueranteil, sowie dem sorgfältigen Handeln der Verwaltung ist es gelungen, den städtischen Haushalt im vorliegenden Plan darzustellen. Vielen Dank hierfür an alle Beteiligten.

Die immensen multiplen Krisen werden auch weiterhin den Stadthaushalt beeinflussen und sind ökonomisch noch herausfordernder. Die unsichere wirtschaftliche Lage, knapper Wohnraum, erneuerbare Energien, Infrastruktur, Inflation – die Herausforderungen unseres Lebens berühren unseren Alltag bereits spürbar – die deutsche Wirtschaft schrumpfte 2023.

Auch deshalb rechnet der Kämmerer mit niedrigeren Gewerbesteuereinnahmen als im Vorjahr – es gibt noch keine negative Stimmung, aber es wird vorsichtiger geplant. Der kommunale Anteil an der Einkommensteuer ist erfreulicherweise gestiegen und liegt mit 9 Millionen Euro höher als die Gewerbesteuer. Die Stadt partizipiert am Einkommensplus der Einwohner, dazu tragen auch die 139 neuen Einwohner bei – die 15.000er Schwelle ist überschritten.

55 Prozent der Einnahmen der Stadt sind Steuergelder, wir sind damit nicht mehr so stark von Zuschüssen abhängig, das war mal anders. Nur noch 32 Prozent sind Zuweisungen aus Steuermitteln.

Bisher wurden die oben genannten Herausforderungen gut gemeistert – es wurden die Verschuldung und die Abhängigkeit von Zuweisungen reduziert. Es ist nicht ganz einfach, aber auch in 2024 sind keine Erhöhungen der Realsteuern geplant! Obwohl andere Behauptungen kursieren: die Grundsteuern werden nicht erhöht.

Der Gemeinderat hat bereits im letzten Jahr auf der Klausurtagung intensiv über Steuererhöhungen debattiert und letztendlich den Vorschlag der Verwaltung abgelehnt, die Hebesätze bleiben unter dem Landesdurchschnitt. Wenn man über die Stadtgrenzen hinausblickt, dann sieht es bei anderen Kreiskommunen anders aus. Dort wird bereits an der Steuerschraube gedreht. Dies zu vermeiden gelingt nur, wenn weiterhin sparsam und effektiv mit Steuergeldern und Gebühren gewirtschaftet wird. Jeder sieht die Aufgaben, viele haben noch weitere Begehrlichkeiten nur stellt man sich auch die Frage: Wie können wir uns das leisten? Dazu gehört es auch, nicht alle Wünsche umzusetzen.

Für uns haben die Investitionen in Kinder, Jugend, Bildung, Klimaschutz sowie Zukunftsinfrastruktur die größte Bedeutung.

Nur wer sich dem Wettbewerb um eine agile Bürgerschaft und moderne Arbeitsplätze, um Fachkräfte, ökologische und technologische Nachhaltigkeit sowie um demokratische und soziale Resilienz stellt, kann als Kommune erfolgreich sein. Das Spannungsfeld zwischen Fortschritt und Festhalten an bestehenden Strukturen, ist eine Herausforderung und zugleich eine Chance.

Der Grundsatz der intergenerativen Gerechtigkeit lautet, dass jede Generation selbst für die von ihr im Haushaltsjahr verbrauchten Ressourcen aufkommen soll. Die Abschreibungen von 3,8 Millionen und die laufenden Ausgaben sind allerdings hoch, deshalb gelingt mit dem Haushaltsplan 2024 der Ausgleich nicht. Kurzfristig ist das ordentliche Ergebnis von minus 4,1 Millionen kein Problem, aber mittelfristig müssen wir wieder zu Überschüssen im Ergebnishaushalt kommen.

Da in den letzten Jahren konsequent der Schuldenstand auf 2,9 Millionen Euro verringert wurde, ist ausreichend Liquidität in Höhe von über 26 Millionen Euro vorhanden. Da zudem, wie die letzten Jahresabschlüsse zeigen, die tatsächlichen Ausgaben stets unter den geplanten Ausgaben gelegen haben, können wir mit dem negativen Ergebnis leben. Im Ergebnis erhoffen wir uns jedoch, am Ende besser dazustehen, als bisher im Haushalt dargestellt. Die Liquidität ist auch weiterhin gegeben, aber sie wird stark beansprucht.

Der größte Anteil der Ausgaben in Höhe von 39 Prozent im Ergebnishaushalt sind Transferaufwendungen. Diese steigen dieses Jahr um rund 2 Millionen. Da die letzten Jahre für die Stadt besonders ertragreich waren, muss deutlich mehr Geld abgeführt werden, beispielsweise eine erhöhte Gewerbesteuerumlage, Finanzausgleichsumlage und an den Landkreis über

eine Million Euro mehr an Kreisumlage. Fairerweise muss erwähnt sein, dass dazu auch die Zahlungen an die 6 kirchlichen Kindergärten von den 12 Kindergärten im Gemeindegebiet dazu zählen. Dennoch ist Umverteilung durch Transfers sowohl bei den Ein- als auch bei den Ausgaben ein großer Brocken. Zumal die Bürokratie und der Aufwand deutlich reduziert werden könnte. Keine Gemeinde baut Kindergärten, kauft Feuerwehrautos oder verlegt Glasfaser, ohne dass hierfür ein Bedarf besteht.

Erfreulich ist, dass die Personalausgaben anteilig am Haushalt stabil bleiben, obwohl zusätzliche Stellen geschaffen wurden und mit dem Energie- und Klimamanager in 2024 eine weitere neue Stelle hinzukommt. Diese Stelle soll sich durch Optimierungen im Bereich Energie zu einem erheblichen Teil selbst finanzieren.

Wenn sich zukünftig die Belastungen ohne ausreichende Kompensation verstetigen, kommt auch Bad Wurzach in die Situation, dass Kredite notwendig werden, um alle Investitionen zu stemmen. Das gab es die letzten Jahre nicht, und das erfordert ein Umdenken in der Politik. Wir haben weder das Personal noch das Geld, um den umfangreichen „Gemischtwarenladen“ der derzeit zugesagten staatlichen Ansprüche auf Dauer zu gewährleisten. In der Realität werden diese Ansprüche immer häufiger durch die Wirklichkeit begrenzt. Die Kommunen haben kaum noch Spielraum, weil sie so viele Aufgaben übertragen bekommen.

Es gibt eine Fülle an Aufgaben und immer neue Herausforderungen: Sei es beim Klimaschutz, im Energiebereich, der Schulkindbetreuung, in den Kindergärten, der Gesundheitsvorsorge, dazu an vielen Stellen wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten. Auf kommunaler Ebene landen alle Themen, wir sind die letzte Ebene. Uns beißen sprichwörtlich die Hunde.

Selbstverständlich soll in die Zukunft investiert werden. Es ist genau richtig, verstärkt öffentliche Mittel für die Infrastruktur wie Straßen und Brücken abzurufen sowie in das Schienennetz und in Schulen und Bildungseinrichtungen zu investieren.

Ebenso braucht es Investitionen zum Gelingen des Klimaschutzes und der Transformation unserer Wirtschaft zur verstärkten Nutzung von erneuerbaren Energien. Aber diese Investitionen dürfen nicht primär mit Schulden finanziert werden. Es muss der Politik gelingen, sie mit vorhandenen Mitteln zu bestreiten.

Das Wurzacher Ried ist mit rund 1.800 Hektar Fläche eines der größten Naturschutzgebiete Süddeutschlands. Der weithin unberührte Kernbereich ist das größte zusammenhängende und intakte Hochmoor Mitteleuropas. Das wäre nicht so, wenn man in Wurzach nicht schon seit langer Zeit auf Umwelt- und Klimaschutz achten und mit den daraus resultierenden Einschränkungen leben würde. Die Wiedervernässung ist seit vielen Jahren Realität. Andernorts sind Moorflächen leider nicht mehr intakt oder ganz verschwunden.

Der Bund der Steuerzahler kritisierte unlängst die geplanten Türme in Wangen und Bad Wurzach. Die Kritik richtet sich an das Land, welches die Entscheidungen vor Ort massiv mit Fördergeldern und Zuschüssen beeinflusst. Dies gehört auch zur Fremdbestimmung durch Transferaufwendungen und Zuschüssen, sowie der daraus resultierenden Abhängigkeit, obwohl man vor Ort am besten weiß, was man braucht und wie man es umsetzt.

Wie sich der Turm im Ried weiterentwickelt, werden die Planungen und Beschlüsse im Gemeinderat zeigen. Auch der Zuschuss spielt eine maßgebliche Rolle. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass der Turm ein wichtiges Vorhaben ist bei dem sich sowohl der Wertverzehr als auch der potentielle Nutzen über einen sehr langen Zeitraum erstrecken. Es wäre zu kurz gedacht, lediglich die direkten Kosten nicht aber die langfristige Strahlkraft zu betrachten. Dennoch sind wir der Meinung, dass der zuständige Arbeitskreis sowie alle anderen Beteiligten noch ein gutes Stück Arbeit zu bewältigen haben, bis das Projekt in trockenen Tüchern ist.

2024 geht es vor allem darum, die bereits beschlossenen Ziele und Projekte wie der Erweiterung des Kindergartens in Dietmanns, das Quartierskonzept Ziegelbach, Sanierung Rathaus, die EDV einhergehend E-Rechnung, Prozessoptimierung, dem Medienentwicklung an den Schulen und das große Projekt Dorfentwicklung in Seibranz konsequent weiter voranzutreiben.

Auch andere Themen wie die der Friedhof in Bad Wurzach samt Satzung, das Baugebiete in Arnach oder die innerstädtische Beschilderung sind im Verzug. Eigentlich wollten wir bereits weiter sein. Mit einer vollbesetzten Verwaltung sollte dies nun klappen.

Viele Dinge sind im Fluss: So sollen die Räume für die Jugendarbeit bald genutzt werden können und mit saniertem Spielplatz und Ersatzneubau-Brücken sowie Outdoor Fitness wird der Kurpark entstaub und eher zum Naturerlebnis und Aktivpark.

Der Gebäudeunterhalt schlägt mit über 800.000 Euro zu Buche. Auch, weil wir es nicht schaffen, den Gebäudebestand zu reduzieren. Obendrauf kommen die immensen Kosten für Energie von über einer Million Euro, die hoffentlich 2025 deutlich sinken, wenn die neuen Verträge des Energie-Contracting gelten.

Viele weitere Projekte sind im Haushaltsflyer aufgeführt. Auch die Bäder, die Roßbergbahn, barrierefreie Bushaltestellen, für Schulen oder die Gewässerentwicklung sind Gelder eingeplant. Übrigens sind immense Teile davon immer auch Klimaschutzmaßnahmen.

Fast klimaneutral werden Neubaugebiete in Arnach mit Geothermie, in Ziegelbach mit einem kalten Nahwärmenetz, sowie dem Heizungsverbund. Die Roßbergbahn spart tausende LKW-Fahrten und ist Teil des ÖPNV oder beispielsweise versteckt sich unter Gewässerentwicklung moderner Hochwasserschutz, Starkregenrisikomanagement und auch die Beschattung der Wurzacher Aach mit Bäumen. Auch die Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie für den Tourismus ist Klimaschutz.

Im Bereich Kindergärten wird ein weiterer Schritt des Bildungs- und Betreuungskonzeptes angegangen. Eine zentrale Kita soll das Angebot vergrößern und den gesetzlichen Anspruch befriedigen.

Für Straßen und Wege werden inklusive Investitionen über 2 Millionen Euro bereitgestellt. In Arnach wird die Ratperoniusstraße saniert, in der Bachstraße Hauerz die nächste in Angriff genommen. Das Alltagsradverkehrskonzept wird entwickelt.

555.000 Euro fließen in das Feuerwehrwesen unserer freiwilligen (!) Feuerwehr zuzüglich der Fahrzeuge für 1,2 Millionen Euro und dem Neubau in Eintürnen mit 1,25 Millionen Euro – natürlich auch mit Photovoltaik.

Aus kleinen Vorhaben wie der Sanierung des alten Bürgerbüros im Rathaus können schnell größere Herausforderungen erwachsen.

Des Weiteren stehen wieder 2,5 Millionen Euro für den Grunderwerb Haushalt. Die Erschließung von Baugebieten wird durch das 13b Urteil nicht beendet - wir sind wie bereits erwähnt weiterhin Zuzugsregion - sondern wird wieder aufwendiger.

Die Abwicklung und Bereitstellung des Megaprojekts Glasfaserausbau stellt weiterhin eine große Herausforderung dar. Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr könnte hier eine Entlastung schaffen. Eine Gemeinde wie

Bad Wurzach kann nicht mal schnell vielen Millionen zwischenfinanzieren, bis dann am Ende die großen Fördersummen beglichen werden.

Mittel- und langfristig gibt es noch viele weitere Vorhaben, die nicht 2024 umgesetzt werden können, aber auf der Projektliste Zukunftsprojekte stehen und nicht vergessen sind.

Möglichst intensiv einbezogen werden Bürger bei der Diskussion um das Biosphärengebiet Moor- und Hügelland Oberschwaben-Allgäu, welches von Land und Kreis angestoßen wurde. Es wird vom nächsten Gemeinderat diskutiert werden müssen – Ausgang völlig offen.

Bad Wurzach ist nicht nur ein zweckdienlicher Ort, an dem man Arbeit verrichtet und Dienstleistungen in Anspruch nimmt, sondern er ist von einem guten Miteinander geprägt. Freie, engagierte Bürgerinnen und Bürger werden die Transformation aktiv gestalten und sich mit eigenen Vorschlägen einbringen. Sinnbildlich hierfür stehen – neben den sehr vielen bestehenden und nicht weniger bedeutsamen Engagements - die im Jahr 2023 gegründete Kurhaus-Genossenschaft sowie die Bürgerstiftung, eine Entwicklung die uns sehr freut, denn wir benötigen diese Eigenverantwortung.

Bei den unzähligen Ereignissen und Gruppen fällt es manchmal schwer, den Überblick zu behalten - Sozialbus, Rettungsschwimmer, Bähnlesfahrer, Vereine im Bereich Tierschutz, Sport, Musik, Kunst, Kultur, Natur, Städtepartnerschaften etc. Kirchen und Glaubensgemeinschaften, die Rettungsdienste.

Die Pflege von Traditionen und Geschichte, auch das gemeinsame Feiern, der Zusammenhalt. Auf diesen Feldern läuft es gut. Sowohl im kulturellen, sportlichen oder gesellschaftlichen Bereich gibt es immer ein offenes Ohr im Stadtrat, wenn auch nicht immer ein Budget.

Es braucht das Bewusstsein, dass Demokratie vom Mitmachen lebt und nicht von immer neuen Ansprüchen. Die Grundlage für unseren heutigen Wohlstand wurde durch Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft geschaffen. Diese Mitwirkung wird am 9. Juni mit den Wahlen zu den Gemeinde- und Ortschaftsräten, Kreistagen und Regionalversammlungen sowie zum Europäischen Parlament deutlich. Die zahlreichen Ehrenamtlichen, beispielsweise als Ortschafts- oder Gemeinderäte aber auch in Vereinen und Zivilgesellschaft sind die Gesichter einer lebendigen Demokratie. Nicht nur demonstrieren, sondern auch kandidieren ist möglich.

Insgesamt lässt sich sagen, dass wir mit unserem Haushaltsentwurf gut gerüstet sind, um die Herausforderungen der Zukunft anzugehen. Wir sind zuversichtlich, dass wir auch in den kommenden Jahren stabile Finanzen und Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen und unsere Stadt mit dem vorliegenden Haushaltsplan weiter voranbringen werden, sowie den guten Zusammenhalt stärken und weiterhin im wohlwollenden Miteinander leben.

Vollumfänglich zufrieden sind wir mit dem vorgelegten Haushalt nicht.

Wir fordern erstens: dass die Gebühren auch tatsächlich überarbeitet werden. Für mich ist es ein Unding, dass der Gebührendeckungsgrad beim Kindergarten höher ist als beim Friedhof.

Wir fordern zweitens: dass Investitionen in Photovoltaik, also rentierliche Projekte, schneller umgesetzt werden. Das Budget für 2024 und 2025 soll bereits in diesem Jahr genutzt werden. Die Potenzialanalyse hat einige Positionen aufgezeigt, auch wenn beispielsweise das mit Strom beheizte Freibad in Hauerz fehlte. Als Gegenfinanzierung der zügigeren Umsetzt könnte mindestens zum Teil, die nicht ganz so hoch ausfallende Kreisumlage, im Vergleich zur Erstellung des Haushaltsplans, dienen.

Danken möchten wir zum Schluss allen Bürgern und Unternehmen, sowie der Verwaltung, die alle in diesen herausfordernden Zeiten zum Wohlergehen der Gemeinschaft beitragen. Sie leisten einen großen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, der gar nicht hoch genug bewertet werden kann.

Wir stimmen dem vorgelegten Haushaltsplan für 2024 zu.

Vielen Dank.

## Eigenbetrieb städtische Abwasserbeseitigung

Im Eigenbetrieb städtische Abwasser, der relativ unspektakulär, stets zuverlässig und wirtschaftlich agiert, sind Investitionen eingeplant und diese solide finanziert. Beispielsweise die PV-Anlage auf der Kläranlage hat kaum jemand mitbekommen. Mit 3 Millionen Euro Ertrag und Aufwendungen knapp darunter ist der Wirtschaftsplan nahezu ausgeglichen. Die Gebühren sind innerhalb eines Korridors recht stabil.

Wir schließen uns dem Beschluss des Ausschusses an und stimmen dem Wirtschaftsplan 2024 zu.

## Kurbetrieb – Feel Moor

Nach dem schwierigen Jahr 2023, mit den immens hohen Energiepreisen, ist auch 2024 ein Gewinn das Ziel. Mit dem Haushaltsplan für 2024 sollte, dank der erfreulich hohen Auslastung, gepaart mit Preisanpassungen der Kurbetrieb wieder in einem positiven Ergebnis abschließen. Trotz der multiplen Krisen und den damit verbundenen Herausforderungen kann bei engagiertem Handeln aller Mitarbeiter der Erfolgskurs der Sanierung fortgeführt werden.

Aus dem Stadthaushalt fließt kein Geld in den Kurbetrieb, ganz im Gegenteil, wird der Betrieb seinen Schuldenstand senken, obwohl einigen Sanierungen durchgeführt werden. Auch der Kurbetrieb wird seine Abhängigkeit von Energiezulieferern etwas reduzieren und eine PV-Anlage installieren.

Aufgrund des verfassungswidrigen Haushaltes im Bund, ist allerdings ungeplant die Energiepreislöscherin frühzeitig beendet worden, das muss der Betrieb erwirtschaften. Ebenso erwirtschaften muss der Betrieb höhere Personalaufwendungen, um marktfähige Löhne bezahlen zu können.

Ein Dank gilt hier besonders den Mitarbeitern, die diesen Weg mitgetragen haben und weiterhin zum Gelingen und Erhalt der 170 Arbeitsplätze beitragen.

Wir stimmen dem Haushalt des Kurbetriebs für 2024 zu.